

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 13. November 1991

am Donnerstag, dem 14. November 1991

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter, Robert (SPD)	54, 55	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	40, 41
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	33, 42	Meckel, Markus (SPD)	66, 67
Bindig, Rudolf (SPD)	52, 53	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	5, 6
Dr. Böhmer, Maria (CDU/CSU)	16, 17	Mosdorf, Siegmар (SPD)	22, 23
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD)	11, 12	Müller, Albrecht (Pleisweiler) (SPD)	45, 46
Erlер, Gernot (SPD)	43, 44	Ostertag, Adolf (SPD)	7, 8
Ferner, Elke (SPD)	18, 19	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	51
Fischer, Lothar (Homburg) (SPD)	24, 25	Rennebach, Renate (SPD)	47, 48
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	9, 10	Schäfer, Harald B. (Offenburg) (SPD)	3, 4
Ganseforth, Monika (SPD)	39	Schwanitz, Rolf (SPD)	34
Gansel, Norbert (SPD)	49, 50	Seesing, Heinrich (CDU/CSU)	37
Harries, Klaus (CDU/CSU)	58	Dr. Soell, Hartmut (SPD)	59, 60
Dr. Hauchler, Ingomar (SPD)	31, 32	Stachowa, Angela (PDS/Linke Liste)	1, 62
Jäger, Claus (CDU/CSU)	56, 57	Stiegler, Ludwig (SPD)	61, 65
Jäger, Renate (SPD)	29, 30	Vosen, Josef (SPD)	20, 21
Janz, Ilse (SPD)	26, 27	Wallow, Hans (SPD)	2, 38
Dr. Jens, Uwe (SPD)	68, 69	Wittmann, Simon (Tännesberg) (CDU/CSU)	15, 28
Kirschner, Klaus (SPD)	13, 14	Zapf, Uta (SPD)	35, 36
Klemmer, Siegrun (SPD)	63, 64		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	14

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

1. Abgeordnete
Angela Stachowa
(PDS/Linke Liste)
Gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen bzw. die Bereitschaft, das unbewohnte Militärgelände (Truppenübungsplatz Nochten der ehemaligen NVA der DDR, jetzt der Bundeswehr) nördlich des gegenwärtigen Tagebaus für den Abbau zur Verfügung zu stellen und damit die Devastation der genannten Ortschaften und der unersetzbaren Landschaft zu verhindern?
2. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
Welche Bedrohungsanalyse liegt der beim NATO-Gipfel in Rom vereinbarten Personalstärke des Bündnisses zugrunde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

3. Abgeordneter
Harald B. Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
Ist dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als der zuständigen Aufsichts- und Genehmigungsbehörde und wenn ja, seit wann, bekannt, daß Akten für die Teilgenehmigung der Hanauer Plutoniumverarbeitung vom Dezember 1990 an vorübergehend beim Antragsteller gelagert wurden?
4. Abgeordneter
Harald B. Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
Ist dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Erklärung der Firma Siemens bekannt, daß die Zwischenlagerung der Genehmigungsunterlagen auf Bitten des ehemaligen hessischen Ministers für Umwelt und Reaktorsicherheit, Karlheinz Weimar, aufgrund des Umzugs des Ministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit erfolgt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

5. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer
(Ulm)
(SPD)
- In welchem Umfang haben Kündigungen wegen Eigenbedarfs nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Februar 1989 (1 BvR 308/88 u. a.) bundesweit zugenommen?
6. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer
(Ulm)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung eine Zunahme von Kündigungen infolge der Einschränkung von Kündigungsschutzrechten für politisch wünschenswert, oder erwägt sie eine gesetzliche Einschränkung der gestärkten Position der Vermieter?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

7. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen zu (Wirtschaftswoche Nr. 44 vom 25. Oktober 1991), wonach die Bundesregierung bestrebt ist, die Entgelthöhe für Beschäftigte in Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften soweit abzusenken, daß sie deutlich unter dem Niveau der Tariflöhne in den neuen Ländern liegen, und wenn ja, welche gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit eine derartige Absenkung möglich ist?
8. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD)
- Stehen die in Frage 7 genannten Bestrebungen der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Koalitionsvereinbarungen der Regierung, die auch eine Deregulierung der arbeitsmarktspezifischen Gesetzgebung vorsehen, und wenn ja, zu welchen Ergebnissen ist die Bundesregierung bislang hierbei gekommen?
9. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)
- Ist es nach bisherigen Erkenntnissen möglich, mit einem Pflichtversicherungsbeitrag von 35 bis 45 DM pro erwachsener Person, eine umfassende Pflegeversicherung mit sofortiger Wirkung zu realisieren, oder wie hoch müßten nach Erkenntnissen der damit befaßten Ministerien die Beiträge für eine Privatpflichtversicherung angesetzt werden?

10. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Fuchtel**
(CDU/CSU)

Wie groß müßte das Finanzvolumen sein, um den Bedarf bei einem Eintritt in eine umfassende Pflegepflichtversicherung bei den Leistungen an die Betroffenen abdecken zu können, und könnte dies durch eine private Pflegepflichtversicherung unverzüglich erreicht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

11. Abgeordneter
**Wolf-Michael
Catenhusen**
(SPD)

Sind in der Bundesrepublik Deutschland schon Anfragen oder Anträge zur Durchführung einer somatischen Gentherapie bei der Zentralen Kommission für die Biologische Sicherheit gestellt worden, und um welche Projekte handelt es sich dabei im einzelnen?

12. Abgeordneter
**Wolf-Michael
Catenhusen**
(SPD)

Welche Genehmigungen sind für die Durchführung eines Vorhabens zur somatischen Gentherapie in Deutschland erforderlich, und wie wird dabei die Einbeziehung einer für therapeutische Versuche am Menschen erforderlichen zentralen Ethik-Kommission sichergestellt?

13. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die von Vertretern der Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und der Bundesärztekammer erhobene Forderung, bei den bevorstehenden Honorarvereinbarungen mit den Krankenkassen den im Gesundheits-Reformgesetz festgelegten Grundsatz der Beitragsstabilität nicht zu beachten und damit das finanzielle Risiko einer Ausweitung der ärztlichen Leistungsmenge auf die Krankenkassen abzuwälzen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, insbesondere im Hinblick auf den bei den Ersatzkassen im II. Quartal 1991 festgestellten Anstieg der Menge der abgerechneten ärztlichen Leistungen um mehr als 10 v. H. die Selbstverwaltung der Ärzte und Krankenkassen zu einer Beachtung der gesetzlichen Regelungen zu veranlassen, um einen Anstieg der Beitragsbelastung der Versicherten und der Betriebe zu vermeiden?

14. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)

Wie hoch ist nach den der Bundesregierung vorliegenden statistischen Daten das Durchschnittseinkommen der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte im Vergleich zu anderen Freien Berufen, zum Durchschnittseinkommen der Arbeit-

nehmer sowie im internationalen Vergleich, und welche Einkommensunterschiede bestehen zwischen den verschiedenen Arztgruppen, insbesondere zwischen Hausärzten und Fachärzten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

15. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß das Personenbeförderungsgesetz dahin gehend geändert werden muß, daß die Streckenkonzessionen durch Gebietskonzessionen ersetzt werden müssen, um flächendeckende Lösungen für den Personennahverkehr zu ermöglichen?
16. Abgeordnete
Dr. Maria Böhmer
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung nach einer Privatisierung der Regionalbusgesellschaften der Deutschen Bundesbahn Ausgleichszahlungen für nicht kostendeckende Leistungen der Nachfolgesellschaften z. B. bei der Beförderung von Schülern leisten?
17. Abgeordnete
Dr. Maria Böhmer
(CDU/CSU)
- Wird es seitens der Bundesregierung Vorgaben geben, die auch für die Zukunft die Vernetzung von Bahn- und Busverkehr sicherstellen?
18. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Auf welchen Teilstücken der Strecke Saarbrücken — Mannheim werden nach den Plänen der Bundesregierung zur Realisierung einer Hochgeschwindigkeitsverbindung zwischen Ostfrankreich und Mannheim über Saarbrücken Geschwindigkeiten von mindestens 200 km/h erreicht, und welche Konzeption verfolgt die Bundesregierung zur Beseitigung der Langsamfahrstrecken, insbesondere zwischen Hockenheim und Neustadt?
19. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu einer Stufenlösung, in der kurzfristig der Ausbau von Teilstücken der Strecke Saarbrücken — Mannheim realisiert wird und gleichzeitig die erforderlichen Verfahren (Raumordnungsverfahren, Umweltverträglichkeitsprüfung etc.) eingeleitet werden, um mittelfristig die Langsamfahrstrecken durch Neubauten zu umgehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post
und Telekommunikation**

20. Abgeordneter
**Josef
Vosen**
(SPD)
- Welches Ergebnis hatte das zwischen Bundesminister für Wirtschaft, Jürgen W. Möllemann, und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Post und Telekommunikation, Wilhelm Rawe, über die geplante Auftragsvergabe des Starts des DFS 3 „Kopernikus“ an die Firma McDonnell-Douglas geführte Gespräch, und wann genau fand es statt?
21. Abgeordneter
**Josef
Vosen**
(SPD)
- Welches Ergebnis hatte die im Vorfeld der Auftragsvergabe über den Satellitenstart DFS 3 „Kopernikus“ zwischen zwei Staatssekretären der Bundesregierung (welchen?) und der Firma ARIANESPACE im Winter 1990/91 geführte Unterredung über die beabsichtigte Vergabe des Starts des DFS 3 „Kopernikus“ an die Firma ARIANESPACE?
22. Abgeordneter
**Siegmar
Mosdorf**
(SPD)
- Welches ist der genaue rechtliche Vertrags- bzw. Verhandlungsstatus des von der Deutschen Bundespost TELEKOM ins Auge gefaßten Starts des DFS 3 „Kopernikus“ durch die Firma McDonnell-Douglas im Herbst 1992?
23. Abgeordneter
**Siegmar
Mosdorf**
(SPD)
- Welches sind die genauen Parameter der konkurrierenden Angebote für den Start des DFS 3 „Kopernikus“ der Firmen McDonnell-Douglas und ARIANESPACE (Termin, Einschußgenauigkeit, Lebensdauer, Zuverlässigkeit des Trägersystems, Kosten, Umrüstungsnotwendigkeiten usw.), und wie sind diese bewertet worden?
24. Abgeordneter
**Lothar
Fischer**
(Homburg)
(SPD)
- Welche Stellen in der Bundesrepublik Deutschland waren an der in verschiedenen Presseveröffentlichungen wiedergegebenen Entscheidung der Deutschen Bundespost TELEKOM, den Kommunikationssatelliten DFS 3 „Kopernikus“ nicht von der europäischen Firma ARIANESPACE, sondern von der amerikanischen Firma McDonnell-Douglas starten zu lassen, beteiligt und wie sahen die Stellungnahmen, insbesondere des Bundesministers für Post und Telekommunikation, des Bundesministers für Forschung und Technologie, des Staatssekretärs-Ausschusses Raumfahrt, des Koordinators für die Luft- und Raumfahrt im Bundesministerium für Wirtschaft und der Deutschen Agentur für Raumfahrtangelegenheiten (DARA) aus?

25. Abgeordneter
**Lothar
Fischer
(Homburg)**
(SPD)
- Welche Vorkehrungen gedenkt die Bundesregierung zu treffen bzw. hat sie getroffen, um eine künftige Entscheidung über die Vergabe eines deutschen Satellitenstarts politisch so zu organisieren, daß der politisch Verantwortliche die Entscheidung auch wirklich trifft bzw. verantworten kann?
26. Abgeordnete
**Ilse
Janz**
(SPD)
- Welche politischen Grundsätze im Sinne des § 25 des Gesetzes zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost sieht der Bundesminister für Post und Telekommunikation mit der beabsichtigten Auftragsvergabe des Starts des DFS 3 „Kopernikus“ an die Firma McDonnell-Douglas gewährt bzw. hinsichtlich des Angebots der Firma ARIANE-SPACE nicht gewährt?
27. Abgeordnete
**Ilse
Janz**
(SPD)
- Welche Rolle hat bei der Entscheidung der Deutschen Bundespost TELEKOM, den Start des DFS 3 „Kopernikus“ an die Firma McDonnell-Douglas zu vergeben, der politische Grundsatz gespielt, daß die Bundesrepublik Deutschland sich im Rahmen der europäischen Weltraumorganisation (ESA) verpflichtet hat, bei deutschen Satellitenstarts die von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Beiträge an die ESA geförderte Trägerrakete Ariane zu bevorzugen, und wer ist nach Auffassung der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland an diesen Grundsatz gebunden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

28. Abgeordneter
**Simon
Wittmann
(Tannesberg)**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die vom Fraunhofer-Institut für Lebensmitteltechnologie und Verpackung im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie erstellte und im August 1991 veröffentlichte Studie „Untersuchungen zum Einsatz bioabbaubarer Kunststoffe im Verpackungsbereich“, und welchen politischen Handlungsbedarf leitet sie daraus ab?
29. Abgeordnete
**Renate
Jäger**
(SPD)
- Bleibt die Bundesregierung dabei, daß es laut Einigungsvertrag für die zu entlassenden Mitarbeiter der ehemaligen Akademieinstitute der Deutschen Demokratischen Republik keine soziale Absicherung gibt, und würde sie bei notwendig werdenden Einsparungsmaßnahmen in den Altbundesländern gleichermaßen vorgehen?

- | | |
|---|---|
| 30. Abgeordnete
Renate
Jäger
(SPD) | Auf welchem Wege will die Bundesregierung ein annäherndes Gleichgewicht sowie eine gerechte Verteilung in den Forschungslandschaften der neuen und alten Bundesländer herstellen? |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

- | | |
|--|---|
| 31. Abgeordneter
Dr. Ingomar
Hauchler
(SPD) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau an die staatliche chinesische Schiffahrtsgesellschaft Cosco für einen Schiffsbau-Antrag an deutsche Werften einen Kredit in Höhe von mindestens 600 Mio. DM gewährt mit einer Laufzeit von über zehn Jahren und einem subventionierten Zinssatz von unter 4 % (also Sonderkonditionen, wie sie in der Regel nur im Rahmen entwicklungspolitischer Zusammenarbeit für Schwellenländer üblich sind), und wie verträgt sich diese Kreditsubvention mit den Erklärungen der Bundesregierung, wonach für sie Demokratie und Menschenrechte entscheidende Kriterien der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sind? |
| 32. Abgeordneter
Dr. Ingomar
Hauchler
(SPD) | War der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit über dieses Vorhaben informiert und/oder in die Beratungen über die Kreditvergabe eingeschaltet, und ist sein Etat (Einzelplan 23) davon betroffen? |
| 33. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen hat das Streben nach Atomwaffen von Pakistan, Indien, Argentinien, Brasilien, Algerien für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland, und wie ist die Rolle von China in diesem Zusammenhang zu beurteilen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|--|
| 34. Abgeordneter
Rolf
Schwanitz
(SPD) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob ehemalige Angehörige der NVA und des Ministeriums für Staatssicherheit bis zum heutigen Tage in hohen Positionen der Sicher- |
|--|--|

- heits- und Militärapparate verschiedener Staaten der Dritten Welt Dienst tun, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit hierdurch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Dritten Welt nicht Schaden nimmt?
35. Abgeordnete
Uta Zapf
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß mit der Ratifizierung des Vertrages über eine Europäische Politische Union der Verteidigungsbegriff der UN-Charta und nicht der Verteidigungsbegriff des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland für die Bundesrepublik Gültigkeit erlangt, und daß es nach der Ratifizierung keiner Grundgesetzänderung zum Einsatz von bundesdeutschen Truppen „out-of-area“ bedarf?
36. Abgeordnete
Uta Zapf
(SPD)
- Ist die Bundesregierung von ihrer Auffassung abgerückt, daß ein „out-of-area“-Einsatz bundesdeutscher Soldaten eine Änderung des Grundgesetzes voraussetzt?
37. Abgeordneter
Heinrich Seesing
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung angesichts der offiziell bestätigten Verdreifachung der Hinrichtungen im Iran in den ersten sieben Monaten des Jahres 1991 und der immer zahlreicher werdenden Verhaftungen von Frauen wegen angeblich „ungenügender Verschleierung“, um auf die Einhaltung der Menschenrechte im Iran hinzuwirken?
38. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Welche konkreten Ursachen sind nach Auffassung der Bundesregierung dafür maßgeblich, daß aus dem NATO-Partnerstaat Türkei bis zum 31. Oktober 1991 in diesem Jahr mit 19 132 Personen die drittgrößte Nationalitätengruppe in der Bundesrepublik Deutschland um politisches Asyl nachsuchte?
39. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Treffen Meldungen zu, nach denen die überwiegend von Kurden bewohnten Gebiete im Norden des Iraks durch die irakische Regierung und Armee von der Versorgung abgeschnitten sind, die Straßen gesperrt, und tausende öffentlich Bedienstete ihre Arbeit niederlegen müssen, und was unternimmt die Bundesregierung?
40. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, wonach in Südkorea laut einem jüngst veröffentlichten Bericht der „Korean Bar Association“ seit dem Amtsantritt von Präsident Roh Tae Woh mehr Menschenrechtsverletzungen als vorher registriert wurden, und zwar wurden in der Zeit von Januar 1990 bis November 1990 1872 Verhaftungen aus politischen Gründen sowie zwischen Dezember 1987 und November 1990

insgesamt 4176 Verhaftungen mit der Begründung registriert, die verhafteten Personen gefährdeten die Sicherheit des Landes, und welche Initiativen wird die Bundesregierung ergreifen, um deutlich und international wahrnehmbar auf die Unterlassung von Menschenrechtsverletzungen in Südkorea hinzuwirken?

41. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)

Welche Planungen und Vorkehrungen hat die Bundesregierung für eine künftige deutsche Beteiligung an Katastrophenbekämpfungen großen Ausmaßes wie zum Beispiel beim Löschen der brennenden Ölquellen in Kuwait getroffen, bei dem die Bundesrepublik Deutschland nicht beteiligt war, und welche Folgerungen für künftige Beteiligungen von deutscher Seite zieht die Bundesregierung aus dieser Nichtbeteiligung deutscher Firmen an den Löscharbeiten in Kuwait?

42. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß gerade im Zuge der verstärkten deutsch-französischen Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet auch von Frankreich mehr Rücksichtnahme auf deutsche Sicherheitsinteressen, die von HADES Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von unter 500 km selbstverständlich berührt werden, erwartet werden sollte, und welche Initiativen hat sie bereits ergriffen bzw. wird sie ergreifen?

43. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

In welchem Umfang ist die Bundesregierung darauf vorbereitet, im bevorstehenden Winter kurzfristig im Rahmen eines Soforthilfeprogramms Güter des alltäglichen Lebensbedarfs in die Sowjetunion und ihre Republiken zu liefern, wenn dort ernsthafte Versorgungsengpässe auftreten?

44. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Welche Finanzmittel hält die Bundesregierung für ein solches Soforthilfeprogramm bereit, bzw. welche Mittel können kurzfristig für ein solches Programm bereitgestellt werden?

45. Abgeordneter
**Albrecht
Müller
(Pleisweiler)**
(SPD)

Welche Erfolge haben bisher die Bemühungen der Bundesregierung gehabt, andere Industrieländer zu gemeinsamen Anstrengungen zugunsten einer kurzfristig wirksamen Wirtschafts- und Soforthilfe für die Sowjetunion und ihre Republiken zu gewinnen?

46. Abgeordneter
**Albrecht
Müller
(Pleisweiler)**
(SPD)

Wie viele Mittel halten andere Industrieländer nach Erkenntnissen der Bundesregierung für ein kurzfristig umzusetzendes Soforthilfeprogramm für die Sowjetunion und ihre Republiken bereit?

47. Abgeordnete
**Renate
Rennebach**
(SPD)
- Welche Angebote und Wünsche aus den mittel- und osteuropäischen Ländern liegen der Bundesregierung vor oder sind ihr bekannt, kurzfristig Lebensmittel und andere Güter des unmittelbaren Bedarfs in die Sowjetunion und ihre Republiken zu liefern, wenn dies von dritter Seite finanziert bzw. kreditiert wird?
48. Abgeordnete
**Renate
Rennebach**
(SPD)
- In welcher Weise ist die Bundesregierung bereit und darauf vorbereitet, diese Angebote wahrzunehmen und im Rahmen eines Soforthilfeprogramms für die Sowjetunion und ihre Republiken Lieferungen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten in besonderer Weise zu berücksichtigen?
49. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)
- Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung aus der Vergangenheit und in besonderer Weise aus den Hilfsprogrammen des Winters 1990/1991 über technische und logistische Probleme beim Transport, der Zwischenlagerung und Verteilung von Hilfsgütern in die Sowjetunion und ihrer Republiken vor?
50. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Beseitigung solcher Engpässe und Schwierigkeiten kurzfristig vor dem Anlaufen eines Soforthilfeprogramms für die Sowjetunion und ihre Republiken in diesem Winter beizutragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

51. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(FDP)
- Was hat die Bundesregierung bewogen, beim geplanten Einsatz von Beamten des Bundesgrenzschutzes zu Sicherungsaufgaben den mit Abstand bedeutendsten und sicherheitsrelevantesten deutschen Flughafen in Frankfurt am Main vorerst nicht zu berücksichtigen, während sie kleinere Flughäfen vorrangig bedienen will?
52. Abgeordneter
**Rudolf
Bindig**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Asyldebatte eine Liste mit mindestens fünf sogenannten Nichtverfolgerstaaten nennen, aus denen in größerer Zahl Asylbewerber nach Deutschland kommen und in denen es eine politische Verfolgung praktisch nicht gibt, und kann die Bundesregierung für diese Länder zugleich angeben, wieviel Prozent der Gesamtzahl der Asylbewerber im ersten Halbjahr 1991 jeweils aus diesen Staaten als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind?

53. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, wenn in Deutschland eine Regelung bestünde, nach der einige sogenannte Nichtverfolgerstaaten festgelegt worden sind, ob, falls jemand aus einem solchen Land in Deutschland vorbringt, daß gerade er doch verfolgt sei und ihm bei einer Rückkehr in sein Heimatland Gefahr drohe und er dafür einige Argumente vorbringt, dann doch eine Einzelfallprüfung nach Artikel 16 GG bzw. der Genfer Flüchtlingskonvention durchgeführt werden müßte?
54. Abgeordneter
Robert Antretter
(SPD)
- Wird die letzte Entscheidung über die Zahl der Zuweisung von Asylbewerbern an eine Stadt oder Gemeinde von der Bundes- oder der jeweiligen Landesregierung getroffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

55. Abgeordneter
Robert Antretter
(SPD)
- Sind Informationen zutreffend, denen zufolge die Bundesregierung die Schwäbisch Gmünder Hardt-Kaserne und Bismarck-Kaserne als mögliche Sammelunterkünfte für Asylbewerber vorsieht?
56. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Wie stehen nach Einschätzung der Bundesregierung die Chancen, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu einer Harmonisierung der Kapitalertragsbesteuerung zu kommen, und leisten einige wenige Mitgliedstaaten noch immer Widerstand gegen eine Harmonisierung der Besteuerung von Kapitalerträgen?
57. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts gerecht werdende Regelung der Besteuerung der Kapitalerträge – abgesehen von einer deutlichen Anhebung der Freibeträge für die kleinen Sparer – ohne schwere Schäden für den deutschen Kapitalmarkt nur getroffen werden kann, wenn sie mit einer die Kapitalflucht zumindest im EG-Raum verhindernden Steuerharmonisierung einhergeht?
58. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für möglich, die zum Jahresende auslaufende besondere Abschreibungsmöglichkeit für Heizungsinvestitionen im Interesse der betroffenen Hauseigentümer und Handwerksbetriebe angemessen zu verlängern?

59. Abgeordneter
Dr. Hartmut Soell
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von der Zahl der jährlichen Flugbewegungen auf dem US-Militärflugplatz Heidelberg-Pfaffengrund zwischen 1986 und 1990 sowie über die Zahl der Flugbewegungen in den ersten zehn Monaten des Jahres 1991?
60. Abgeordneter
Dr. Hartmut Soell
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung überhaupt praktische Möglichkeiten, die enorme gesundheitsschädigende Lärm- und Abgasbelästigung sowie die beträchtlichen Sicherheitsrisiken der Anwohner im unmittelbaren und mittelbaren Umfeld des US-Militärflugplatzes Heidelberg-Pfaffengrund, dessen Landebahn in nur rund 150 Metern Entfernung von Wohngebieten verläuft, zu reduzieren, oder stimmt sie der Forderung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg zu, den US-Militärflugplatz Heidelberg-Pfaffengrund baldig zu schließen?
61. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Wie lange wird es nach der Verabschiedung des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 1991 noch dauern, bis alle Beförderungsmöglichkeiten für den mittleren Zolldienst ausgeschöpft sind, und können die Zollbeamten zumindest damit rechnen, bis Weihnachten die ihnen vom Parlament schon seit dem Sommer zugedachten Beförderungsstellen zu bekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

62. Abgeordnete
Angela Stachowa
(PDS/Linke Liste)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Einflußnahme auf die Weiterführung des Braunkohleabbaus in der Region Weißwasser bei gleichzeitiger Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der Einwohner, die sorbischen Orte Viereichen, Hammerstadt und Umgebung zu erhalten und nicht Opfer der Bagger werden zu lassen?
63. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei laufenden Wismut-Sanierungsmaßnahmen aus der sog. Gessentalhalde uranhaltiges Material in die Tagebau-Mulde bei Ronneburg verfrachtet wird, deshalb das Wasser aus der Mulde zur Vermeidung von radioaktiver Belastung des Grundwassers abgepumpt werden muß und diese Maßnahme keineswegs so lange durchgeführt werden kann, wie die Gefahr einer Strahlen-

belastung besteht und daß die einzige Möglichkeit zur Vermeidung von Gefahren eine mehrere Meter dicke Abdichtung nach US-Standard wäre, und ist die Bundesregierung bereit, dieses Vorgehen sofort zu stoppen und für langfristig wirksame Sanierungsmaßnahmen zu sorgen?

64. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)

Ist die Bundesregierung in der Lage, eindeutig zu dementieren, daß ein deutsch-französisches Gemeinschaftsunternehmen die Uranproduktion auf dem Wismut-Gelände wieder aufnehmen, d. h. Lagerstätten und Minen ihrer ursprünglichen Bestimmung zuführen will bzw. kann die Bundesregierung konkrete unmißverständliche Aussagen zum Zweck des in diesem Zusammenhang geplanten deutsch-französischen Unternehmens unter Beteiligung des französischen Atomkonzerns Cogema machen?

65. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)

Wie ist der Stand der Verhandlungen über das Rüstungs- und Standortkonversionsprogramm nach der Ministerpräsidentenkonferenz, und bis wann ist mit einer Konkretisierung der politischen Versprechungen zu rechnen?

66. Abgeordneter
**Markus
Meckel**
(SPD)

Wie viele deutsch-sowjetische Joint-ventures bestehen im November 1991 im Vergleich zum November 1990 und welche aktuellen Probleme, die in der innenpolitischen Entwicklung der Sowjetunion und ihrer Republiken ihren Ursprung haben, sind der Bundesregierung bekanntgeworden?

67. Abgeordneter
**Markus
Meckel**
(SPD)

Welche Möglichkeiten wird die Bundesregierung nutzen, um zur Überbrückung aktueller Schwierigkeiten der deutsch-sowjetischen Gemeinschaftsunternehmen beizutragen und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten auch für die Zukunft sicherzustellen?

68. Abgeordneter
**Dr. Uwe
Jens**
(SPD)

In welchem Umfang sind derzeit deutsche Einrichtungen und Organisationen in Programme von Beratungshilfe für die Sowjetunion und ihre Republiken einbezogen, und in welcher Weise plant die Bundesregierung, diese Beratungshilfe auszuweiten?

69. Abgeordneter
**Dr. Uwe
Jens**
(SPD)

In welchen Städten der Sowjetunion und ihrer Republiken unterhält oder plant die Bundesregierung Handelskammern, und welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Handelskammern im Rahmen deutsch-sowjetischer Wirtschaftshilfe zu?

Bonn, den 8. November 1991

